

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

mit unserem Sommernewsletter möchten wir Sie über die bildungspolitischen Fragestellungen informieren, welche uns im zweiten Quartal des Jahres im Hessischen Landtag beschäftigt haben.

Themen, die uns auf absehbare Zeit weiterbeschäftigen werden, sind der Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall. Zu beiden Bereichen gibt der Kultusminister an, keine Daten zu haben, um dann im gleichen Atemzug zu behaupten, dass es dort keine Probleme gebe bzw. überhaupt kein Unterricht ausfalle. Wir meinen, Herr Prof. Dr. Lorz muss sich endlich mal entscheiden: Gibt es keinen Unterrichtsausfall in Hessen oder hat er keine Daten dazu? Die Landes- schülervertretung hat in einer stichprobenartigen Abfrage deutlich gemacht, dass täglich viele tausend Unterrichtsstunden ausfallen. Beispiele aus fast jedem anderen Bundesland zeigen, dass man solche Daten erheben kann, ohne dass für Schulen dadurch viel Mehraufwand entsteht. Gleiches gilt für die Evaluation der Gesamtentwicklung der Krankheitstage von Lehrkräften. Diese Daten werden bereits in den Schulämtern erfasst. In Hessen sieht man sich jedoch nicht in der Lage, eine entsprechende Auswertung vorzunehmen, obwohl im Kultus- ministerium von Jahr zu Jahr mehr Verwaltungsstellen geschaffen werden.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start ins neue Schuljahr, der hoffentlich reibungslos verläuft. Sollte es dennoch zu Schwierigkeiten kommen, insbesondere durch die Nichtbesetzung vorhandener Stellen, lassen Sie uns dies bitte wissen.



Christoph Degen, MdL
Vorsitzender des
Arbeitskreises Kultus

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Degen, MdL

DIESER NEWSLETTER KANN NUR EINEN KLEINEN EINBLICK IN UNSERE ARBEIT GEBEN. KLICKEN SIE AUF DIE PORTRAITS DER MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES, UM EINE LISTE DER JEWEILIGEN PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN ZU ERHALTEN.



Kerstin Geis, MdL



Karin Hartmann, MdL



Brigitte Hofmeyer, MdL



Uwe Frankenberger, MdL



Lothar Quanz, MdL



Turgut Yüksel, MdL

UNTERRICHTSAUSFALL NICHT LEUGNEN

„Die Landesregierung leugnet den Unterrichtsausfall in Hessen und verstrickt sich ständig in Widersprüche,“ kritisiert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen in der April-Sitzung des Landtags. Einerseits erkläre die Landesregierung keine Daten zu erheben, andererseits behaupte sie aber, dass kein Unterricht ausfalle. Nachvollziehbare Daten wie die der Landesschülervertretung bestreite sie schlicht. „Minister Lorz muss sich endlich für eine Version entscheiden: entweder es liegen Daten vor, die belegen, dass kein Unterricht ausfällt, oder es liegen keine Daten vor. Dann kann er seine steile Behauptung nicht belegen“, so Degen. „Der Unterrichtsausfall in Hessen ist Realität, auch wenn der Minister sie nicht wahrhaben will.“ Unterricht zu erteilen, sei eine Kernaufgabe der Bundesländer und fast jedes Land erhebe auch dazu Daten. „Das ist kein Hexenwerk.

Nur die hessische Landesregierung laviert herum und blendet die Realität aus. Diese Realitätsverweigerung ist nicht länger zu ertragen.“

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend mobile Vertretungsreserve bei Unterrichtsausfall

Zur [Pressemitteilung](#) : „Unterrichtsausfall ist Realität“

Zu unserem [Antrag](#) betreffend Landesregierung täuscht die Öffentlichkeit - Unterrichtsausfall nicht weiter leugnen

BERUFLICHE SCHULEN: LEHRKRÄFTEMANGEL UND MODELLVERSUCH BÜA

Der Lehrkräftemangel ist auch an vielen beruflichen Schulen nicht zu leugnen. Die Landesregierung selbst gesteht in ihrer Antwort auf unseren Berichts Antrag betreffend Mangel an Lehrkräften ein, dass die Situation im Bereich der beruflichen Schulen trotz eingeleiteter Maßnahmen nicht einfach ist. Der Berichts Antrag beschäftigt sich mit dieser Herausforderung, den künftigen Bedarfen und den Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen.

Zu unserem [Berichts Antrag](#) betreffend Mangel an Lehrkräften an beruflichen Schulen in Hessen

Zum neuen Schuljahr 2017/18 startete an 26 berufsbildenden Schulen in Hessen der Schulversuch Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA). Im

Schulversuch werden die zweijährige Berufsfachschule zum mittleren Abschluss, die einjährige Höhere Berufsfachschule (HBFS) und Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung zu einer Schulform zusammengefasst. Ziel ist der schnelle Übergang in eine Ausbildung. Das Hessische Kultusministerium beschrieb die Rahmenbedingungen in einer Ausschreibung im Amtsblatt im Juni 2016. Nach Anlaufen des Schulversuchs im aktuellen Schuljahr 2017/18 gab es erhebliche Kritik von Lehrerverbänden an der Umsetzung. Wir haben die Landesregierung damit konfrontiert.

Zu unserem [Berichts Antrag](#) betreffend Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)

FÖRDERUNG VON SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT

Schulen in freier Trägerschaft – die offizielle Bezeichnung für Privatschulen – erweitern das Angebot freier Schulpflicht und können das Schulwesen durch besondere Inhalte und Formen der Erziehung und des Unterrichts fördern. Inwieweit auch diese Schulen von dem herrschenden Lehrermangel betroffen sind und wie viele Leerstellen für Schulen in freier Trägerschaft aktuell zur Verfügung stehen, fragten wir in unserer Kleinen Anfrage.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft

SCHULSPORT IN HESSEN

Die hessische Landesregierung hat in ihrer Presseveröffentlichung unter der Überschrift „Neue Sportlehrer für Hessens Grundschulen“ am 20. Februar 2018 bekannt gegeben, dass sie eine Qualifizierungsreihe für fachfremde Grundschullehrkräfte und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst für das Fach Sport mit je zwei Kursen mit jeweils rund 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestartet hat. Viele Kinder bewegen sich heutzutage in ihrer Freizeit zu wenig. Umso wichtiger ist es, sie in der Schule mit verschiedenen Sportarten vertraut zu machen und ihre Begeisterung für körperliche Aktivität zu wecken. Bewegung im Kindesalter und damit auch

der Sportunterricht sind zentrale Elemente schulischer Erziehung. Einem internen Dokument des Kultusministeriums zufolge sollen bereits im Schuljahr 2015/2016 von 22.700 vorgesehenen Sportstunden 5.700 nicht stattgefunden haben. Dies ist ein mehr als bedenklicher Zustand und nicht länger tragbar.

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Erlass zur Organisation des Schulsports

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Qualifizierungsreihe „Sportunterricht in der Grundschule“



LEHRKRÄFTE AM LIMIT - ÜBERLASTUNGSANZEIGEN NEHMEN ZU

Nach einer Studie der DAK-Gesundheit, die am 28. Juni 2017 veröffentlicht wurde, gibt es im Schulalltag bei Lehrkräften viele Faktoren, die deren Gesundheit beeinträchtigen. Die Studie zeigt, dass die Lehrkräfte dringend Unterstützung beim Gesundbleiben brauchen.

In ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD betreffend die Belastungen und Befristungen in der Arbeitswelt Schule (Drucksache 19/5034) gab die Landesregierung zu entsprechenden Fragen an, keine Kenntnisse zu Krankheitstagen (Frage 47), psychischen Belastungen und Erkrankungen (Frage 49) zu haben. Mit ihrer Antwort zur Mündlichen Frage Nr. 933 der 19. Wahlperiode gestand die Landesregierung ein, dass Krankheitstage von Lehrkräften gemeldet und erfasst werden.

Unser [Berichts Antrag](#) betreffend Krankheitstage von Lehrkräften

Christoph Degen, fordert die schwarzgrüne Landesregierung mit Blick auf die steigende Anzahl von Überlastungsanzeigen auf, die Beschwerden der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer endlich ernst zu nehmen.

„Dass auf solche Hilferufe nicht einmal eine Eingangsbestätigung aus dem Hessischen Kultusministerium erfolgt, ist Ausdruck der Arroganz und der Respektlosigkeit der amtierenden Landesregierung gegenüber unseren Lehrerinnen und Lehrern. Das Ministerium sagt ständig, es bemühe sich – aber diese angeblichen Bemühungen zeigen bis heute keine Ergebnisse. Die Schulen in Hessen brauchen aber praktische Verbesserungen, nicht nur warme Worte.“

Niemand erwarte, dass der Lehrermangel und die daraus resultierende Überlastung der Lehrkräfte mit einem Federstrich beendet werden könnten, so Christoph Degen. „Aber man muss doch mit Betroffenen reden, man muss gemeinsam nach Lösungen suchen und Perspektiven aufzeigen. Stattdessen verfährt die Landesregierung nach dem Prinzip der drei Affen: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, weil die Wirklichkeit in Hessen dem schönen Schein der schwarzgrünen Schulwelt widerspricht“, kritisiert Degen.

Unsere Anfrage betreffend Teilzeit bei Lehrkräften zeigt, dass viele Lehrkräfte oft aufgrund der gestiegenen Belastungen lieber ihre Stunden reduzieren als Vollzeit zu arbeiten.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Teilzeitbeschäftigung von Lehrkräften an Grund- und Förderschulen

Unser [Antrag](#) betreffend Lehrkräfte am Limit - Landesregierung muss ihrer Fürsorgepflicht endlich nachkommen

Unsere [Pressemitteilung](#): „Überlastung von Lehrkräften ernst nehmen“

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Unsere [Kleine Anfrage](#) Verpflichtung von Lehrkräften zur Mehrarbeit nach § 9 der Dienstordnung

AUFGABEN UND PERSONALENTWICKLUNG IN DER BILDUNGSVERWALTUNG

Eine gut organisierte und funktionierende Bildungsverwaltung gehört zu den wesentlichen Bestandteilen eines demokratischen Staates. Nach Ansicht der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der „Frankfurter Erklärung“ vom 17. März 2017 und ihrer Nachfolgeerklärung, sind die veränderten und ausgeweiteten Aufgaben von Schulleitungen und Schulaufsicht unter den gegebenen Arbeits- und Ressourcenbedingungen derzeit allerdings nicht mehr verantwortungsvoll zu leisten. Es fehlt an dieser Stelle an einer umfassenden und schonungslosen Bestandsaufnahme ihrer Handlungs-

felder sowie an einem verbindlichen zeitlichen Rahmen für die ausgeweiteten Aufgaben. Um die gegenwärtigen Rahmenbedingungen zu verbessern und die langfristige Leistungsfähigkeit und Weiterentwicklung der hessischen Bildungsverwaltung nachhaltig zu sichern, ist eine vorausschauende Personalpolitik, die die rechtzeitige Ausbildung und Qualifizierung des Personals einschließt, notwendig.

Zu unserem [Berichtsantrag](#) betreffend Aufgaben und Personalentwicklung in der Bildungsverwaltung

GANZTAGSSCHULAUSSBAU IM SCHNECKENTEMPO

„Von einer Teilnahmequote von 70 Prozent der rund 1.700 hessischen Schulen am Ganztagschulprogramm zu sprechen, ist eine dreiste Mogelpackung“, urteilt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen. „Zwei Stunden Häkeln am Nachmittag einmal die Woche macht noch keine Ganztagschule. Wenn ein Schüler einmal die Woche eine Nachmittagsbetreuung in Anspruch nimmt, zählt Schwarz-Grün die Schule schon zum Ganztagsprogramm.“ Zudem setze das hessische Sparprogramm „Pakt für den Nachmittag“ vor allem auf Betreuung statt auf Bildung. Die Landesregierung solle hier endlich auf das Etikett Ganztagschule verzichten, denn eine Schule

mit kostenpflichtiger Betreuung, aber ohne pädagogisches Konzept habe nicht das Geringste mit einer Ganztagschule zu tun. Die meisten Pakt-Schulen seien zudem schon zuvor im Ganztagsprogramm gewesen.

Unsere [Pressemitteilung](#): „Ganztagschulbau im Schneckentempo“

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Stellenzuweisung für ganztätig arbeitende Schulen

BERUFSORIENTIERUNG - LEHRKRÄFTE ENDLICH BEDARFSGERECHT IN ARBEITSLEHRE AUSBILDEN

Die Ankündigung von Kultusminister Lorz ab dem nächsten Schuljahr an 283 Schulen neue Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte der gymnasialen Oberstufe zur Berufsorientierung einzuführen, kritisiert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Christoph Degen, als einen hilflosen Versuch, die Versäumnisse der Vergangenheit zu kaschieren.

die Berufsorientierung auch im gymnasialen Bildungsgang gestärkt werden muss, mit Lippenbekenntnissen oder neuen Büchern kommt man aber nicht weiter. Wir brauchen mehr Verbindlichkeit, fachlich versierte Lehrkräfte und ausreichende Ressourcen zur Verankerung der Berufsorientierung an allen Schulformen. Dies bescheiden uns auch die Wirtschaftsverbände immer wieder“.

Degen sagt dazu: „Um Jugendlichen verschiedene Berufswege und Karriereperspektiven aufzuzeigen, reicht es nicht aus ein neues Unterrichtsbuch an Lehrkräfte der gymnasialen Oberstufe zu verteilen. Mit der Berufsorientierung erst in der Oberstufe zu beginnen, ist zu spät und hilft wenig, um der relativ hohen Abbrecherquote an Hochschulen und der hohen Zahl freier Lehrstellen entgegenzuwirken. Einigkeit besteht zwar darin, dass

Zu unserem [Ausbildungspapier](#)

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Nachfragen zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 19/5035 zu Arbeitslehre

WEITERBILDUNG ZU GRUND- UND FÖRDERSCHULEHRKRÄFTEN

Auf unsere Anfrage musste der Kultusminister zugeben, dass die angebotenen Weiterbildungen zur Grund- und Förderschullehrkraft nur mäßig nachgefragt werden. Von den 200 Plätzen für den Bereich der Grundschule können maximal 100 Plätze besetzt werden. Von den 80 Plätzen für den Bereich Förderschule, sind es nur 50. So wird der Bedarf an Lehrkräften nicht gedeckt. Wir hatten schon vor einem Jahr gefordert, dass die Bedingungen für das Weiterbildungsprogramm attraktiver gestaltet werden müssen. Die zu haltenden Pflichtstunden neben der Weiterbildung sind viel zu hoch.

Erschreckend ist zudem, dass der Kultusminister noch keine Prognose abgeben kann, wie viele Lehrerstellen zum Schuljahresbeginn nicht besetzt werden können.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Weiterbildung zu Grund- und Förderschullehrkräften

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Lehrkräftemangel und Weiterbildung zu Grund- und Förderschullehrkräften im Jahr 2018



GRUNDSCHULEN: WOCHENSTUNDEN, IGLU UND SOZIALPÄDAGOGISCHE FACHKRÄFTE

Aus einer Statistik der Kultusministerkonferenz geht hervor, dass Hessen bei der Anzahl der Pflichtstunden in der Grundschule Schlusslicht im Bundesvergleich ist. Damit wird erstmals deutlich, dass die angeblich so gute Ausstattung unserer Schulen im Vergleich zu anderen Bundesländern ein Rechenrick ist.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Wochenstunden im Ländervergleich

Kultusminister Lorz musste in der Fragestunde des Hessischen Landtags zugeben, dass nicht einmal die Hälfte, das heißt gerade einmal 152 der versprochenen 400 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an den hessischen Grundschulen überhaupt besetzt sind. Die schwarzgrüne Landesregierung verkündete ständig, dass bereits 700 neue Kräfte an den Schulen tätig sind, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Christoph Degen.

Zu unserer [Pressemitteilung](#): „Nicht einmal die Hälfte der versprochenen sozialpädagogischen Kräfte an den Schulen sind besetzt“

Platz 21 belegen. Lesen und Textverständnis sind aber die Kernkompetenz schlechthin, um soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, um berufliche Existenzen zu gründen und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Offensichtlich entlassen unsere Grundschulen viel zu viele Schülerinnen und Schüler, die denkbar schlecht für das Leben nach der Schule gerüstet sind.

Unser [Berichts Antrag](#) betreffend Ergebnisse der jüngsten „Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung“ (IGLU).

Im Dezember 2017 wurden in Berlin die Ergebnisse der letzten IGLU-Studie vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass die deutschen Schülerinnen und Schüler im internationalen Ranking tief abgerutscht sind und nur noch

NACHGEFRAGT - MÜNDLICHE FRAGEN

IN DER REGELMÄßIG STATTFINDENDEN FRAGESTUNDE IM PLENUM KÖNNEN ABGEORDNETE KURZE MÜNDLICHE FRAGEN AN DIE LANDESREGIERUNG STELLEN. DIESE WERDEN SOFORT BEANTWORTET.

Frage des Abg. Degen:

„Wie viele Monate Vertragslaufzeit umfassen Verträge von pensionierten Lehrkräften, die zum 1. August aufgrund des Lehrkräftemangels im Rahmen eines TV-H-Vertrages weiter unterrichten?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, es gibt keine Vorgaben des Ministeriums im Hinblick auf die Laufzeit von TV-H-Verträgen – auch nicht mit Blick auf die Verträge pensionierter Lehrkräfte. Dies erscheint auch nicht nötig oder geboten. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass sich die Vertragslaufzeit im jeweiligen Einzelfall nach der konkreten Bedarfslage und der persönlichen Bereitschaft der pensionierten Lehrkraft bemisst.“

Frage des Abg. Degen:

„In wie vielen Fällen konnte im Schuljahr 2017/2018 der Anspruch auf sonderpädagogische Förderung bei Schülerinnen und Schülern an Förderschulen aufgehoben werden?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, im laufenden Schuljahr befinden sich 528 Schülerinnen und Schüler ohne Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in allgemeinen Schulformen, die im vergangenen Schuljahr, also im Schuljahr 2016/2017, noch eine Förderschule besucht haben.“

Frage des Abg. Degen:

„Herr Kultusminister, wann rechnen Sie damit, dass die schon lange – ich glaube, zum 1. Februar –versprochenen 400 Stellen endlich besetzt sein werden?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, zunächst: Die Stellen wurden nicht zum 1. Februar versprochen, sondern unmittelbar nach dem Haushaltsbeschluss des Hessischen Landtags dementsprechend bereitgestellt. Die Besetzungen schreiten in einem sehr ordentlichen Tempo voran. Allein in den letzten 14 Tagen vor dem 7. Juni konnten wir 50 Stellen besetzen. Wenn wir dieses Tempo beibehalten können, bin ich zuversichtlich, dass die weitaus größte Zahl dieser Stellen zum Schuljahresbeginn am 1. August besetzt sein wird.“

Frage des Abg. Yüksel:

„Sind Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst berechtigt, Klassenleitungen zu übernehmen?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Yüksel, gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 der Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Lehrkräfte sogar verpflichtet, das Amt einer Klassenlehrerin oder eines Klassenlehrers zu übernehmen. Dies gilt ausweislich § 13 dieser Dienstordnung auch für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Von daher sind Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ab dem Moment, in dem sie eigenverantwortlich Unterricht erteilen, d. h. ab dem ersten Hauptsemester – das ergibt sich aus § 43 Abs. 3 Ziffer 2 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Lehrerbildungsgesetz –, berechtigt, eine Klassenleitung zu übernehmen. Dieser Regelung steht allerdings § 41 Abs. 3 der genannten Durchführungsverordnung gegenüber, wonach während der pädagogischen Ausbildung für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst Ausbildungsbelange Vorrang haben. Vor dem Hintergrund der nicht zu unterschätzenden Verpflichtungen, denen eine Klassenlehrerin bzw. ein Klassenlehrer unterliegt und die sich aus § 9 Abs. 1 und 2 der Dienstordnung ergeben – dazu gehören beispielsweise die Beratung von Schülerinnen und Schülern sowie von Eltern, die Führung des Klassenbuchs, die Verantwortlichkeit für Zeugnisse usw. –, erscheint die Übernahme einer Klassenleitung durch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst mit den Zielen des pädagogischen Vorbereitungsdienstes nur schwer in Einklang zu bringen. Deshalb wird das immer eine absolute Ausnahme bleiben und richtet sich letzten Endes nach den Umständen des Einzelfalls.“

Zusatzfrage des Abg. Degen:

„Herr Kultusminister, ist Ihnen bekannt, wie viele Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst derzeit eine Klassenleitung übernehmen? Ich erfrage dies zumindest für die Schulform Grundschule.“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, es gibt keine allgemeine Berichtspflicht, sozusagen jede Übernahme einer Klassenleitung durch eine Lehrkraft im Vorbereitungsdienst dem Kultusministerium zentral zu melden. Die Studienseminare vor Ort achten aber sehr darauf, dass ihre Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in der Schule nicht über Gebühr beansprucht werden. Mir ist jedenfalls kein Fall bekannt, in dem es in irgendeiner Form zu einem Konflikt gekommen wäre.“

SCHULISCHE MAßNAHMEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Extremismus und Radikalisierung müssen sehr früh mit präventiven Maßnahmen in den Schulen begegnet werden. Antisemitismus darf an hessischen Schulen keine Plattform finden. Schülerinnen und Schüler sollen auf der Basis des Hessischen Schulgesetzes in einer gewaltfreien, respektvollen und wertschätzenden Atmosphäre miteinander lernen können, ohne Ausgrenzung und Diskriminierung fürchten zu müssen. Jenseits der Installation eines

Antisemitismusbeauftragten sind klare Informationen und Konzepte erforderlich, um Antisemitismus entgegenzuwirken.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend schulische Maßnahmen gegen Antisemitismus

GEWALT AN SCHULEN

Laut Datenauswertungen des Landeskriminalamtes (LKA) ist die Zahl der Straftaten an hessischen Schulen im zurückliegenden Jahr gestiegen. Besorgniserregend ist insbesondere die Zunahme von gefährlichen Körperverletzungen. Während im Jahr 2013 1394 Gewaltdelikte an Schulen bekannt wurden, waren es im Jahr 2017 mehr als 1500 Gewaltdelikte. Auch die Anzahl der Gewaltdelikte gegen Lehrkräfte hat zugenommen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Zunahme von Gewalt an Schulen

BETEILIGUNG DES LANDES HESSEN AM EU-SCHULOBSTPROGRAMM

Seit 2009 können sich die Bundesländer an dem Schulobstprogramm der Europäischen Union (EU) beteiligen. Durch das Programm soll die Gesundheit der Kinder und deren Wertschätzung für Obst und Gemüse gesteigert werden. Hessen hat sich bisher nicht an dem Programm beteiligt. Finanzieller und bürokratischer Aufwand stünden nicht im Verhältnis zu der Zahl an Schülerinnen und

Schülern, denen die Teilnahme am Programm ermöglicht würde, so die Begründung der Landesregierung.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Beteiligung des Landes Hessen am EU-Schulobstprogramm

VERTRETUNGSLEHRKRÄFTE AN HESSISCHEN SCHULEN AUCH IN DEN SOMMERFERIEN BEZAHLEN

„Lehrkräfte, die vor und nach den Sommerferien beschäftigt werden, müssen auch in den Ferien bezahlt werden. Alles andere ist unsozial“, stellt Hofmeyer klar.

Die SPD strebe mit einer Änderung der Praxis an, auf diese Weise die Rahmenbedingungen an Hessens Schulen deutlich verbessern und die Abwanderung vieler guter Lehrkräfte in andere Bundesländer stoppen zu können.

Unsere [Pressemitteilung](#): „Vertretungslehrkräfte an hessischen Schulen auch in den Sommerferien bezahlen“

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Arbeitslosigkeit befristeter Lehrkräfte in Hessen während der Sommerferien

„Von ihrer Leistung her unterscheiden sich die befristet eingestellten Pädagogen nicht von ihren verbeamteten oder fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Die Bezahlung und die soziale Absicherung sind jedoch deutlich schlechter. Immer wieder haben wir die schwarzgrüne Landesregierung aufgefordert, die sozial äußerst fragwürdige Praxis der letzten Jahre zu beenden und somit den Vertretungskräften Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben“, erinnerte die SPD-Politikerin. Aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage geht hervor, dass 1.116 Lehrkräfte mit befristeten Verträgen im August 2017 ohne Beschäftigung waren.

BINNENDIFFERENZIERUNG AN GESAMTSCHULEN

Ein einheitlicher Unterricht wird den unterschiedlichen Voraussetzungen, die die einzelnen Schüler in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Motivation, auf Vorwissen und Interessen mitbringen, heute nicht mehr gerecht. Dies gilt besonders für die inklusive Schule mit ihren heterogenen Lerngruppen. Mit Hilfe eines differenzierten Unterrichts werden die persönlichen Interessen und Lernbedürfnisse der Schüler soweit wie möglich berücksichtigt.

Durch unseren Berichtsantrag zu dieser Thematik stellte sich heraus, dass für das Schuljahr 2018/2019 95 von 100 integrierten Gesamtschulen vollständig binnendifferenziert im Jahrgang 5 arbeiten.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Umsetzung der Binnendifferenzierung an integrierten Gesamtschulen

NUTZUNG VON FILMEN UND ZEITUNGEN IN DER SCHULE

In Deutschland gilt ein neues Urheberrechtsgesetz. Einige Schulen hatten sich an uns gewendet, weil sie befürchteten, dass künftig der Einsatz von Filmen und Zeitungsartikeln im Unterricht erschwert wird. Laut dem Gesetz dürfen nur max. 15 Prozent eines Zeitungsartikels im Unterricht verwendet werden. Hier konnte auf unsere Anfrage die Landesregierung zunächst Entwarnung geben. Die Rechtslage ist zwar nicht zu verändern, allerdings wird derzeit auf der Ebene der Kultusministerkonferenz ein weiterer Gesamtvertrag mit der PMG Presse-Monitor GmbH erarbeitet, die als Vermittlerin zu den Presseverlagen fungiert. Der Abschluss des Gesamtvertrags soll in Kürze erfolgen. Für den Zeitraum vom Inkrafttreten der Änderungen im Urheberrechtsgesetz bis zum Abschluss des Gesamtver-

trags wurde mit der PMG Presse-Monitor GmbH eine Duldungsvereinbarung abgeschlossen, so dass auch weiterhin vollständige Beiträge aus Zeitungen oder Publikumszeitschriften genutzt werden können. Mehr dazu finden Sie in unserer Anfrage.

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Nutzung von Filmen und Zeitungen im Unterricht

SITUATION DER SCHULFÖRDERVEREINE

Schulfördervereine sind in der Regel gemeinnützige Vereine, die sich zum Zweck der Förderung schulischer Belange gründen. Sie sind in der Regel selbstlos tätig und verfolgen keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.

Der Kultusminister begrüßt das ehrenamtliche Engagement, jedoch ist ihm die Zahl der sich ehrenamtlich in Schulfördervereinen engagierenden Personen nicht bekannt. Außerdem liegen dem Kultusminister keine Angaben zu den ehrenamtlichen Stunden, die durch die Ehrenamtlichen der Schulfördervereine in das hessische

Bildungssystem (z.B. Pakt für den Nachmittag, Ferienspiele, Schulhofgestaltung, usw.) eingebracht werden vor.

Unsere [Berichtsbeitrag](#) betreffend Schulfördervereine in Hessen

STATEMENT ZUM SCHULJAHRESBEGINN

„Mit dem Ausblenden der Realität löst man kein einziges Problem, man verschärft es nur und stiehlt sich aus der Verantwortung. 20 Jahre CDU-Regierung haben einen Scherbenhaufen in der Bildungspolitik hinterlassen.“

Kultusminister Lorz hat nach Ansicht der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag zum Schuljahresbeginn eine beschämende Vorschau auf das kommende Schuljahr präsentiert. Die Situation an den Schulen in Hessen werde sich auch im letzten Jahr von Schwarzgrün nicht bessern, sondern drastisch verschlechtern, befürchtet der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Christoph Degen, am Donnerstag in Wiesbaden.

Die alten Probleme sind die neuen. Insbesondere an Grundschulen führt das Buhlen um Lehrkräfte zum Kannibalismus, da Schulen sich gegenseitig Lehrkräfte abwerben.

„Das neue Schuljahr beginnt und der Kultusminister tut so als sei wieder einmal alles in bester Ordnung. Er ist Spitze im Ausblenden der Realität und ahnungslos dazu. Jedes Schulkind weiß, dass Unterricht ausfällt, weil Leh-

remangel herrscht“, so Degen. Schuld seien die CDU-Landesregierungen, die die Nachwuchsarbeit verschlafen hätten und die halbherzigen Maßnahmen des Ministers, welche nahezu wirkungslos seien. Deutlich am bestehenden Weiterbildungsprogramm, wo nicht einmal die Hälfte der Plätze besetzt werden konnten. Der Lehrermangel gerade an der Grundschule Sorge dafür, dass die individuelle Förderung der Kinder nicht optimal umgesetzt werden könne.

Ein Kultusminister Lorz, der keine Ahnung habe, wie viele Lehrkräfte zum Schuljahresbeginn an den Schulen fehlen, wann die 700 sozialpädagogischen Unterstützungskräfte ihre Arbeit jetzt endlich an den Schulen aufnehmen, wie viele Unterrichtsstunden ausfallen und der weder an Daten noch Fakten zur Situation der Schulen interessiert sei, disqualifiziere sich für seinen Job. Realitätsverlust bzw. –leugnung und Ahnungslosigkeit sei zum Markenzeichen des Kultusministers geworden.

[Hier](#) gelangen Sie zur Pressemitteilung

NACHLESE

SCHÜLERUMFRAGE ZEIGT DIE DRÄNGENDEN BAUSTELLEN DER HESSISCHEN SCHULPOLITIK

Wir danken der Landesschülervertretung für die Durchführung der einer einmaligen Schülerbefragung.

„Die Ergebnisse der Online-Befragung der Landesschülervertretung (LSV) sind aufschlussreich, teilweise überraschend und eine Bestätigung, dass die LSV die für Schüler wichtigen Bildungsthemen anpackt“, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen. „Die Umfrage hat viele interessante und erfreuliche Befunde, zeigt aber auch die drängenden Baustellen und Defizite der hessischen Schulpolitik auf, die seit Jahren von der Landesregierung heruntergespielt werden.“

Positiv sei, so Degen, dass gut zehn Prozent der rund 550.000 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 13 aller Schulformen und aus allen hessischen Schulamtsbezirken an der Befragung teilgenommen hätten. Die Landesschülervertretung gehe mit der Umfrage den richtigen Weg, weil sie auf Beteiligung setze und im Gegensatz zum zuständigen Minister wirklich wissen wolle,

wie die hessischen Schülerinnen und Schüler Probleme und Missstände an den Schulen empfinden. Dies zeige: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Die Ergebnisse der Umfrage können Sie [hier](#) einsehen.



v.l.n.r. Christoph Degen, Marcel Kalif, Emely Dilchert, Hannah Kriebel und Brigitte Hofmeyer

ANHÖRUNG ZUR ARBEITSBELASTUNG AN HESSISCHEN SCHULEN

Nach Ansicht des bildungspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Christoph Degen, habe die gemeinsame Anhörung von SPD und FDP zur Arbeitsbelastung von Schulleitungen und Lehrkräften an hessischen Schulen am 14. Juni dieses Jahres zahlreiche Belege für das schwarzgrüne Versagen in der Schulpolitik geliefert.

Degen sagte: „Die Belastungen an den Schulen haben nach Angaben der zahlreich erschienenen Lehrerverbände in den vergangenen 19 Jahren erheblich zugenommen. Dagegen reichen ein paar Alibimaßnahmen, wie ein neues Schulleiterqualifizierungsprogramm, nicht aus. Es ist enttäuschend, dass sich die Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen blind und taub stellen und die Hilferufe aus den Schulleitungen ignorieren. Dabei sind die zahlreichen nicht besetzten Schulleiterstellen und zurückgehende Bewerbungen ein klares Indiz dafür, dass die Tätigkeit der Schulleitung massiv an Attraktivität eingebüßt hat. Unter anderem schreckt der zunehmende Verwaltungs-

aufwand viele Lehrkräfte von der Übernahme von Verantwortung als Schulleiterin oder Schulleiter ab.“

Ein Beispiel für die Ignoranz der Landesregierung zeigt sich an der Berechnungsgrundlage für den Leiterzuschlag bei Schulen mit mehreren Standorten. In seiner Antwort auf unsere Anfrage gibt der Kultusminister selbst zu, dass eine Grundschule mit nur einer einzigen Klasse an einem Außenstandort den Zuschlag erhält, wenn in der Klasse beispielsweise altersgemischt die Jahrgangsstufen 1 bis 4 unterrichtet werden. Eine andere Grundschule, die beispielsweise sechs Klassen (allerdings nicht alle Jahrgangsstufen) mit entsprechendem Personal an einem Außenstandort unterhalte, bekomme den Zuschlag nicht. Dabei ist der Verwaltungsaufwand für die Schule mit mehreren Klassen am Außenstandort doch da, ganz egal welche Jahrgangsstufen dort unterrichtet werden. Wir sind der Meinung, der Zuschlag zum Leiterdeputat muss immer zugewiesen werden.



PETITION HERKUNFTSSPRACHEN

„Über 20.000 Unterschriften für eine Petition machen deutlich, dass Handlungsbedarf besteht und wir einen vielfältigen Fremdsprachenunterricht für alle Schülerinnen und Schüler brauchen“, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen anlässlich der Übergabe der Unterschriftensammlung zur Petition „Herkunftssprache an hessischen Schulen aufwerten“ an Kultusminister Lorz.

Seit 2014 stehe das Versprechen der schwarzgrünen Koalition im Raum, ein Konzept zum Fremdsprachenunterricht zu erarbeiten, um die Sprachenvielfalt auszuweiten. Die Ausweitung ermögliche eine Profilbildung der Schulen und nutze Sprachen als eine Bildungsressource,

die über Deutsch und Englisch hinaus gehe. „Es gibt viele Menschen in Hessen, die sich Türkisch, Arabisch oder Griechisch als zweite oder dritte Fremdsprache an Schulen wünschen. Aber die Landesregierung ignoriert Wunsch und Bedarf“, kritisiert der SPD-Bildungsexperte.

[Hier gelangen Sie zu der genannten Petition.](#)



FORUM BILDUNG

SAVE THE DATE

*Was brauchen gute Schulen?
Rahmenbedingungen für
beste Bildungschancen*

SAMSTAG, 25. AUGUST 2018
11.00 - 16.00 UHR

Hessischer Landtag, **Medienraum**
Eingang Grabenstraße

**SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN
ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN DIREKT BEZIEHEN?
SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE [E-MAIL](#).**

SPD-Landtagsfraktion
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Postfach 3240, 65022 Wiesbaden
Tel: +49 611 350-519
Fax: +49 611 350-511

Gert-Uwe Mende, V.i.S.d.P
Karina Sofie Glaum
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga-Buck
Abgeordnetenportraits: © SPD-Fraktion
Fotos: S.6, S.8 : SPD-Landtagsfraktion